

# Eine bundespolitische Lobby für über 300 aktive Erinnerungsorte

VERBAND DER GEDENKSTÄTTEN IN DEUTSCHLAND GEGRÜNDET

*Harald Schmid*

Im Englischen wird die Sache mit »Pressure group« unmissverständlich benannt – eine Gruppe, eine Organisation, die an den entscheidenden Stellen politischen Druck ausübt, um eigene Ziele zu erreichen. Im Deutschen redet man von »Lobby« oder »Interessenvermittlung«, beide Begriffe sind im allgemeinen Sprachgebrauch bestenfalls neutral konnotiert – »Lobbyisten« zählen nicht gerade zu den normativen Leitbildern der politischen Kultur Deutschlands. In diese Kategorie fallen eher »Freiwillige« und »Ehrenamtliche«. Diese Form des politischen oder sozialen Engagements wird – zu Recht – viel gerühmt. Es ist auch lange die Basis der Gedenkstätten des Erinnerns an Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus gewesen, in gewisser Hinsicht an vielen Orten bis heute. Eine »Pressure group« für alle Gedenkstätten hat sich auf dieser Grundlage jedoch nur mit großer Verzögerung herausgebildet.

Außenstehende können es vermutlich kaum nachvollziehen: Seit Jahrzehnten existiert hierzulande eine vielgestaltige Gedenkstättenlandschaft mit tausenden von ehrenamtlich und freiberuflich Aktiven und mittlerweile auch hunderten von Festangestellten. Seit Jahrzehnten sind viele dieser Einrichtungen – Gedenkstätten, Erinnerungs- und Lernorte, Dokumentationszentren in allen Teilen des Landes – in engem Austausch mit Politik, Medien und Verwaltung, um öffentliche Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung für Projekte, Personal und Grundförderung für diese historisch-politischen Bildungsorte der besonderen Art zu bekommen. Seit langem erreichen diese Einrichtungen mit ihren Bildungsangeboten jedes Jahr mehrere Millionen Menschen. Und doch gab es im Unterschied zu allen anderen kulturpolitisch relevanten Bereichen der Gesellschaft bislang keine gemeinsame bundesweite Interessenvertretung für die inzwischen kaum noch überschaubare Gedenkstättenzene. Wenngleich Insider für diesen Umstand diverse Erklärungen wie die Entstehung der meisten (westdeutschen) Gedenkstätten »von unten«, die Dezentralität und Unterschiedlichkeit der Einrichtungen sowie den Kulturföderalismus und den ausgeprägten Individualismus der Engagierten anführen können, bleibt ein Erstaunen über diese lange nicht gefüllte Lücke einer bundespolitischen Lobby für den institutionell ausgeprägtesten Sektor der hiesigen Erinnerungskultur.

## **Zur Geschichte organisierter Interessenvertretung für Gedenkstätten**

Erste Ansätze einer bundesweiten Koordination und Interessenartikulation gehen in die 1980er- und 1990er-Jahre zurück. Gedenkstätteninitiativen aus der ganzen (alten) Bundesrepublik trafen sich 1981 in Hamburg zum ersten Mal. Das 1983 zunächst bei der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste eingerichtete, eine Dekade später dann schließlich an der Berliner Topographie des Terrors angesiedelte Gedenkstättenreferat koordinierte – seit 1984 geleitet von Dr. Thomas Lutz – lange Zeit nahezu alleine die sich zusehends etablierende, nach und nach ausdifferenzierende Gedenkstättenzene. Im Mittelpunkt standen dabei die zweimal jährlich organisierten Gedenkstätten-



seminare. Schrittweise entstanden einzelne, primär nach innen gerichtete Arbeitsgemeinschaften zu einzelnen thematischen Bezügen wie die AG Gedenkstättenpädagogik. Diese losen Zusammenschlüsse waren in erster Linie vom Ziel des Erfahrungsaustauschs des dynamisch sich entwickelnden Felds der Gedenkstätten motiviert.

In Berlin konstituierte sich Anfang der 1990er-Jahre der Gedenkstättenverband. Vorsitzender war Dr. Hans Maur, der frühere Abteilungsleiter »Gedenkstätten der Arbeiterbewegung« im Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin. Diese, noch in der Tradition der DDR-Mahn- und Gedenkstätten stehende Verbandsgründung blieb Episode. Auch die 2001 gegründete, die ostdeutsche Repressionsgeschichte thematisierende Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR war nur wenige Jahre aktiv; inzwischen werden die Interessen dieser Einrichtungen primär von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vertreten.

Unter dem Einfluss der öffentlichen Debatte um eine bundeseinheitliche Gedenkstättenförderung schlossen sich dann 1997 die wenigen großen Einrichtungen zusammen und agieren seither als Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland. Im Kontext dieser Gründung gab es auch Kritik, die vor allem in der Sorge gründete, die kleinen und mittelgroßen Einrichtungen könnten im Schatten der großen an den Rand gedrängt werden. Parallel dazu gab es beispielsweise in Hessen eine Initiative zur Koordination der Gedenkstätten auf Bundesebene. Auch erste, meist Landesarbeitsgemeinschaft oder ähnlich benannte Vertretungen auf Landesebene entstanden nun, mitunter parallel zu Landesstiftungen oder einem stärkeren Engagement der Landeszentralen für politische Bildung.

Im Gefolge der Auseinandersetzungen seit den frühen 1990er-Jahren um die Überleitung der vormaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR und um einzelne Neukonzeptionen wie in Buchenwald, besonders aber um eine Gedenkstättenförderung auf Bundesebene konnte sich die AG KZ-Gedenkstätten als Interessenvertretung etablieren. Sie war auch beteiligt am Zustandekommen der zunächst 1999, sodann 2008

Erstmals mit einer eigenen Veranstaltung in Berlin:  
Am 16. April 2018 diskutieren das FORUM und die AG KZ-Gedenkstätten in der Berliner Landesvertretung Schleswig-Holsteins unter anderem mit Bundestagsabgeordneten von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen das Thema »Wie weiter mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus? Gedenkstätten und Erinnerungskultur zwischen Generationenwechsel, Rechtspopulismus und Antisemitismus«.

in der bis heute maßgeblichen Fassung verabschiedeten nationalen Förderstruktur »Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes«.

Die AG KZ-Gedenkstätten ist ein informeller, rechtlich nicht verfasster Arbeitszusammenhang, ohne Geschäftsordnung, Richtlinien oder Satzung. Auch eine eigene Webpräsenz hat die AG nicht aufgebaut. Die von Thomas Lutz als Mitglied und Geschäftsführer unterstützte AG hat seit etwa 25 Jahren immer wieder mit öffentlichen Statements zu Gedenkstättenangelegenheiten im Allgemeinen und zu geschichtspolitischen Fragen im Umgang mit der NS-Vergangenheit im Besonderen Stellung genommen. Sie hat auch Aufgaben der Politikberatung übernommen, insbesondere im Rahmen der Entstehung und Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. In ihr sind nur die großen, anteilig vom Bund geförderten Gedenkstätten vertreten. So war die Arbeitsgemeinschaft »natürlicher« Ansprechpartner für die seit 1998 (als das Amt unter der rot-grünen Bundesregierung eingerichtet wurde) amtierenden fünf verschiedenen Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien – und umgekehrt.

Angesichts des unübersehbaren, auch in den Neugründungen von Landesarbeitsgemeinschaften sich niederschlagenden Wachstums der Gedenkstättenlandschaft und der damit einhergehenden Ausdifferenzierung wurde seitens der kleinen und mittelgroßen Einrichtungen das Fehlen einer gemeinsamen Austausch- und Lobby-Plattform zunehmend spürbar. Nach jahrelangen Vorbereitungen konstituierte sich schließlich 2014 das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland. Im FORUM kamen zunächst sieben, später zehn Landesarbeitsgemeinschaften zusammen, die knapp 300 einzelne Einrichtungen und Initiativen repräsentierten. Mit seiner Gründung verabschiedete es auch förmliche Tätigkeitsrichtlinien und präsentierte sich bald darauf mit einer eigenen Website ([www.forum-lag.org](http://www.forum-lag.org)) und einem Image-Flyer. Vor dem ebenfalls erwogenen Schritt zur Vereinsgründung schreckten die Beteiligten zurück – noch. Gleichwohl verstand sich das FORUM explizit auch als Interessenvertretung auf Bundesebene. Das FORUM, geleitet von einem vierköpfigen Sprecher\*innen-Rat, traf sich während seines sechsjährigen Bestehens zweimal jährlich zu Mitgliederversammlungen.

Mit dem FORUM wurde die seit den späten 1990er-Jahren sowohl hinsichtlich der Zahl der am historischen Ort gegründeten aktiven Einrichtungen als auch mit Blick auf die historischen Themen immer breitere und vielgestaltigere Gedenkstättenlandschaft erstmals auf interessenpolitischer Ebene organisatorisch sichtbar. Dazu zählten verschiedene Aktivitäten, beispielsweise 2018 eine vom FORUM initiierte und organisierte, zusammen mit der AG KZ-Gedenkstätten in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung erstmals in der (auch interessenpolitischen) Bundeshauptstadt Berlin organisierte öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, unter anderem mit zwei Bundestagsabgeordneten, ebenso gemeinsam mit der AG KZ-Gedenkstätten verfasste öffentliche Statements. Das FORUM organisierte unter seinen Mitgliedern Umfragen, etwa um verlässliche Angaben über die Zahl der Besucher\*innen oder über rechtspopulistische oder rechtsextremistische Vorfälle in Gedenkstätten zu erhalten. Unter dem Dach der jährlichen Gedenkstätentagungen etablierte sich auch der regelmäßige Austausch zwischen dem FORUM und der AG KZ-Gedenkstätten. Ein Kernproblem freilich konnte das FORUM in seiner Verfasstheit nicht lösen: Für eine professionelle Lobbyarbeit sind feste, auch rechtlich tragfähige Strukturen erforderlich – und zumindest ein Minimum an organisatorischen Ressourcen inklusive eigener finanzieller Mittel.



Der Vorstand des neuen Verbands während einer Video-Konferenz (vgl.): Rainer Stommer, Andreas Ehresmann, Jonas Kühne, Harald Schmid und Kirsten John-Stucke. Nicht im Bild sind die kooptierten Vorstandsmitglieder Thomas Lutz und Jens-Christian Wagner.

### Vereinsgründung in unruhigen Zeiten: Bundesverband der Gedenkstätten

Seit einigen Jahren hat sich der politische Diskursraum verändert, auch der geschichtspolitische. Im Kontext der AfD-Gründung und ihrer Wahlerfolge, der internationalen Debatten um rechtsautoritäre Entwicklungen und Gefährdungen der Demokratie, und insbesondere der Attentate des NSU und in Kassel, Halle und Hanau ist die Aufmerksamkeit und demonstrative Wertschätzung der Landes- und Bundespolitik für die Kultur des Erinnerns und speziell für die Gedenkstätten zur Vergegenwärtigung der nationalsozialistischen Verbrechen nochmals stark gestiegen. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble betonte in der Gedenkstunde des Parlaments am 31. Januar 2019: »Aus der deutschen Schuld erwächst unsere Verantwortung, nicht vergessen zu dürfen. Um die Menschen zu ehren, die ihr Leben verloren haben, um ihnen ihre Würde zurückzugeben. Um unserer selbst willen. Erinnerungskultur ist deshalb auch nicht allein Sache der Zivilgesellschaft, sondern sie gehört mit zu den staatlichen Aufgaben. Und wer daran rütteln wollte, legt Hand an die Grundfesten dieser Republik.« Dass diese Erinnerung auch an der Staatsspitze zu den »Grundfesten dieser Republik« zählt, war jahrzehntelang – zumindest in dieser offensiven Proklamation – nicht selbstverständlich.

In dieser Situation und um den Herausforderungen einer sich stetig verändernden Gesellschaft und Ansprüchen an die Erinnerungskultur zu begegnen, war eine professionelle, bundespolitisch aktive und wahrnehmbare Lobby für die Gedenkstätten, Erinnerungs- und Lernorte und Dokumentationszentren längst überfällig. Nach über zwei Jahrzehnte geführten Diskussionen um eine angemessene bundesweite Interessenvertretung der Gedenkstätten und mehr als zweijährigen Satzungsdiskussionen war es am 9. Dezember 2020 endlich soweit: Die ursprünglich für die Bundesgedenkstättentagung in Stuttgart geplante Vereinsgründung wurde pandemiebedingt in einer zweieinhalbständigen Online-Versammlung vollzogen. Delegierte der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen zusammen mit dem Gedenkstättenreferat und Vertretern der AG KZ-Gedenkstätten gründeten den Verband der Gedenkstätten in Deutschland – Forum der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen, Arbeitsgemeinschaften und Dokumentationszentren (Kurzform: Verband der Gedenkstätten in Deutschland – VGD).

Zu den Gründungsmitgliedern des Dachverbands gehören die Landesarbeitsgemeinschaften aus Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein. Der erstmals gewählte Vorstand des Verbands umfasst insgesamt sieben Mitglieder: 1. Vorsitzender ist Dr. Rainer Stommer (Lern- und GeDenkOrt Alt Rehse, Mecklenburg-Vorpommern), 2. Vorsitzende sind Andreas Ehresmann (Gedenkstätte Lager Sandbostel, Niedersachsen) und Jonas Kühne (Sächsische LAG Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus), ferner sind Kirsten John-Stucke (Kreismuseum Wewelsburg, Nordrhein-Westfalen) und Dr. Harald Schmid (Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten) in den Vorstand gewählt worden. Zwei weitere Mitglieder sind kooptiert, Dr. Thomas Lutz (Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin, IC Memo) und der Sprecher der AG KZ-Gedenkstätten, Prof. Dr. Jens-Christian Wagner (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Thüringen).

Der neugegründete Verband wird sich besonders darum bemühen, die charakteristisch dezentrale Struktur der Erinnerungslandschaft zu stärken. Im Mittelpunkt der künftigen Arbeit des Bundesverbands stehen dabei gleich mehrere Aufgabenkomplexe. Vorrangig ist die Interessenvertretung gegenüber Politik, Medien und Wirtschaft, insbesondere die dringend erforderliche finanzielle Stärkung der Verbandsarbeit. Nicht weniger wichtig ist die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung. Schließlich hat sich der Verband auch die intensive Förderung des bundesweiten Erfahrungs- und Informationsaustausches der Gedenkstätten und Initiativen sowie die Stärkung der Kooperationen mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren aus Erinnerungskultur und historisch-politischer Bildung auf die Fahnen geschrieben, um die Professionalität der Einrichtungen zu stärken.

Mit der Vereins- und Verbandsgründung besteht nun endlich die Chance, die Interessen der breiten und pluralen Gedenkstättenzene auf Bundesebene professionell zu vertreten. Insofern ist damit zumindest organisatorisch ein Standard erreicht, wie er in anderen kulturpolitischen Feldern wie Musik, Theater oder Bildende Kunst schon lange selbstverständliche Normalität ist. Diese Chance einer interessenpolitischen Abbildung und Umsetzung des tatsächlichen Gewichts der Gedenkstätten wahrzunehmen, zielstrebig und beharrlich zu verfolgen, wird in den nächsten Jahren allen Beteiligten viel zusätzliche Arbeit bescheren – und mitunter auch die nötige Dosis Frustrationstoleranz erfordern. Aber sicher ist schon jetzt: Die Stimme der Gedenkstätten wird künftig sichtbar und hörbarer sein. Denn ihre Pressure group ist jetzt am Start.

Kontakt: Verband der Gedenkstätten in Deutschland e.V.  
c/o Stiftung Topographie des Terrors – Gedenkstättenreferat  
Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin  
info@forum-lag.org | Telefon 03962-221123 (Rainer Stommer)

**Dr. Harald Schmid**, Politikwissenschaftler und Zeithistoriker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und stellvertretender Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V. Er war Gründungs- und Sprecherratsmitglied des FORUMS der Landesarbeitsgemeinschaften, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland und ist im Dezember 2020 in den Vorstand des VGD gewählt worden.